

Protokoll der Jahresabschluss-Pressekonferenz der Deutschen Bundesbank am 8. März 2011

Fragen

– nach Bandaufnahme –

Frage:

Können Sie bitte die Wagnisrückstellungen detaillierter erläutern?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben gesagt, dass es in der Vergangenheit hauptsächlich die Dollar-, Yen- und Special Drawing Rights-Devisenpositionen (SDRs) waren, die dies beeinflusst haben. Mittlerweile kamen Ankaufprogramme hinzu, etwa das Securities Market Programme (SMP) oder das Covered Bond Programme, bei denen wir gedeckte Anleihen gekauft haben. Die Position Risikorückstellung bildet eine Gesamtposition ab, in die alle Risiken zusammen einfließen. Wir haben bei dieser Risikoposition natürlich verschiedene Elemente, aber wir haben keine Einzelzurechnungen von Risiken vorgenommen.

Frage:

Herr Weber, ich hätte zwei Fragen, die Ihre Zukunft betreffen. Die eine ist: Trauen Sie sich zu, eine große internationale Bank zu führen? Und die zweite betrifft Portugal und Griechenland. Zu Portugal: Denken Sie das Land muss unter den Rettungsschirm? Zu Griechenland: Denken Sie da muss ein Haircut in irgendwelcher Form her?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zur ersten Frage: Ich habe meiner Erklärung vom 11. Februar nichts hinzuzufügen. Ich will aber die Gelegenheit nutzen, um meinem Nachfolger zu gratulieren. Ich wünsche ihm viel Erfolg in seiner verantwortungsvollen Tätigkeit. Ich kenne und schätze Herrn Weidmann, aber auch Frau

...

Lautenschläger, und ich freue mich für die Bank, dass es zu diesen Berufungen gekommen ist. Ich glaube die Zukunft der Bank ist mit dem jetzigen Vorstand und mit diesen beiden Verstärkungen in guten Händen. Das ist eine Situation, die man sich wünscht, wenn man ein Institut verlässt. Die Bank ist hier auf einem guten Weg. Ich habe zuvor porträtiert, was wir die letzten sieben Jahre vorgebracht haben. Darauf lässt sich aufbauen. Kein guter Notenbanker kommentiert hypothetische Fragen. Ich kann die Kollegen von Ihnen daher jetzt schon darauf hinweisen, dass ich mich weder zum Thema Griechenland noch zu dem anderen Thema an irgendwelchen Spekulationen beteilige. Es gibt ein europäisches Arrangement, es gibt entsprechende Rettungsprogramme. Diese Rettungsprogramme werden von der EU-Kommission in Kooperation mit dem Eurosystem genau in ihrer Implementierung beobachtet. Die Quartalsfortschrittsberichte waren so, dass es bei allen Stabilitätsrisiken, die mit solchen Programmen verbunden sind, die Rückmeldung gab, dass die Programme „on track“ sind. „On track“ heißt, die zugesagten Anpassungsmaßnahmen werden umgesetzt. Dahinter sollte man auch in Zukunft nicht zurückfallen. Es ist nicht ausreichend, dass man nur im ersten und zweiten Quartal Maßnahmen „on track“ abliefern, sondern auch Ausdauer zeigt. Ich habe das mal in einer Rede mit einem Marathon verglichen: Der leichte Teil eines Marathons, wo viele Teilnehmer Fehler machen, sind die ersten zehn Kilometer. Viele, die Sie da überholen, haben Sie dann nach 30 Kilometern wieder hinter sich, weil sie sich am Anfang verausgaben. Die schwierigsten Teile eines solchen Konsolidierungsmarathons in diesen Ländern kommen auf den letzten Streckenteilen, und dort gilt es genau das umzusetzen, was man entsprechend versprochen hat. Bis jetzt sind die Programme „on track“, sie sind ambitioniert, man hat den Ländern für die Hilfen einiges abverlangt. Die Konditionen dafür sind ein zwingender Bestandteil des europäischen Hilfsprogramms und ich sehe keine Veranlassung, darüber zu spekulieren, ob Griechenland oder Irland irgendwelche Maßnahmen in Zukunft nicht umsetzen werden. Portugal hat im Rahmen seiner Möglichkeiten ein eigenständiges Programm auf den Weg gebracht. Mit diesem Programm

...

wird das Land mit eigenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen versuchen, die Kehrtwende in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuleiten. Dieses Programm wird zurzeit in den europäischen Gremien diskutiert. Es sieht in dieser Phase nicht die Nutzung von Hilfsmitteln von Dritten vor und ist insofern keine europäische Maßnahme, mit der wir in Europa die Fiskalkonsolidierung und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit voranbringen wollen. Ich kenne die Details des neuen portugiesischen Programms noch nicht, aber der Überblick, den ich über dieses Programm habe, ist zumindest so, dass ich sagen kann, es geht in die richtige Richtung.

Frage:

Ich habe eine Frage zu dem starken Anstieg der Forderungen aus dem TARGET-System: Das wird ja damit erklärt, dass sich das Verhalten der Banken geändert hat. Ich frage mich, woher diese Verhaltensänderung kommt? Gibt es da irgendeinen Vorteil, sich eben nicht in Deutschland, sondern in Irland Geld zu leihen und es hierrüber zu bringen? Hat das möglicherweise damit zu tun, dass unterschiedlich mit den Sicherheiten umgegangen wird? Meine zweite Frage: Sie haben auf Ihre Amtszeit hier in der Bundesbank zurückgeblickt. Sie sind aber auch Mitglied im Rat der EZB und ich wüsste gerne, ob Sie da genauso positiv auf diese Zeit zurückblicken? Oder gab es Entwicklungen im Eurosystem, die Sie weniger positiv gesehen haben?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

In der Bundesbank habe ich relativ stark betont, dass wir im Vorstand die Strukturreform vorangebracht haben. Wir haben diese Strukturreform vernünftig vorangebracht und es war auf jeden Fall immer eine der Aufgaben, die ich sehr geschätzt habe. Die sehr gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier in der Bundesbank möchte ich ebenfalls hervorheben. In der Geldpolitik sind wir in 99 Prozent aller Fälle im Eurosystem gemeinsam immer den richtigen Weg gegangen. Geldpolitik lebt davon, dass man das Für und Wider von Maßnahmen diskutiert, und

...

sich damit auseinandersetzt. Es gibt ein, zwei Maßnahmen, bei denen der überwältigende Mehrheitsbeschluss der Kollegen ein anderer war, als derjenige, den ich für richtig gehalten habe. Ich glaube, dass man hier durchaus auch über den richtigen Weg streiten kann. Ich will das aber nicht überbewerten. Ich habe die sieben Jahre Mitarbeit in der Geldpolitik und in diesen Gremien auch sehr geschätzt. Ich glaube, dass der EZB-Rat eines der spannendsten Gremien ist, denen man angehören kann und ich bereue keinen Tag, in dem ich hier Geldpolitik in Europa mitgestalten durfte. Ich weise noch mal darauf hin: Ich bin kein traditioneller Notenbanker, ich bin Akademiker gewesen, der von der Universität zur Bundesbank kam. Ich habe mich von meiner Universität für acht Jahre beurlauben lassen, diese acht Jahre enden jetzt ein Jahr früher. Ich habe mit der Universität in Köln schon wieder Gespräche über das Wiederaufleben meiner Professur geführt. Stand der Gespräche ist, dass diese Professur erst im nächsten Jahr wieder aufleben soll. Und ich will auch kein Geheimnis daraus machen, dass noch offen ist, was ich bis dahin tun werde. Der aktuelle Stand ist, dass ich ab Anfang Juni ein Jahr an der University of Chicago für deren PhD- und Master-Programme arbeiten werde. Die Vertragsverhandlungen laufen noch. Ich würde mich enorm freuen, wenn das klappt. Das ist für jemanden der Monetarist ist, die erste Adresse. Für jemanden, der sich für Finanzstabilität interessiert und mit Kollegen wie Raghuram Rajan, wie Luigi Zingales, wie Anil Kashyap und vielen anderen zusammenarbeiten will, ist das der richtige Ort. Dort kann man wirklich ausprobieren, ob man nach sieben Jahren Pause den Pulsschlag der Wissenschaft wieder aufnehmen kann. Ansonsten werde ich zu keinerlei Spekulation hier irgendetwas sagen. Ich habe immer klar gemacht, dass ich als Geldpolitiker für Inhalte stehe, und wenn ich von bestimmten Inhalten nicht überzeugt bin, dann sage ich dies auch. Ich habe in der Vergangenheit diese Überzeugung auch stets gelebt. Auf die sieben Jahre Notenbank schaue ich ohne Groll zurück. Ich glaube es ist ein legitimes Anliegen eines jeden, dass er sich seine berufliche Zukunft so gestaltet, wie er das gerne möchte, und ich bitte Sie, das auch zu respektieren.

...

Frage:

Und was ist mit meiner Target-Frage?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ich dachte, ich hätte das erledigt. Können wir die Präsentation machen? Die Fragebeantwortung dauert dann etwas länger.

Frage:

Meine Frage war einfach: Liegt es daran, dass die Anforderungen an die Sicherheiten anderswo geringer sind?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Also wir fangen erst mal an indem wir sagen, es gibt ein A-Land und ein D-Land. Es gibt einen Kunden in Land A, der ein Geschäft macht. Er kauft etwas im Ausland und überweist das Geld auf das Konto des Verkäufers im Land D. Wie ging das in der Vergangenheit vor sich? Der Kunde geht zu seiner Bank in Land A, die überweist das Geld an die Bank in Land D, und die überweist es dann auf das Konto des Kunden in Land D. Vor der Finanzkrise war dies eine Möglichkeit, die häufig genutzt wurde. In der Finanzkrise und insbesondere im Eurosystem, wo der grenzüberschreitende Zahlungsverkehr über die Systeme der Notenbank hinweg stattfindet, passiert jetzt Folgendes: Die Bank A überweist das Geld auf ein Zentralbankkonto, diese dann an die Notenbank im Land D – und zwar über das Target2-System. Die Zentralbank in D überweist das Geld wiederum an die Bank und die Bank entsprechend an den Kunden. Dieses System, das Sie hier sehen, das sind Zentralbankzahlungen, in die Kunden- und Notenbanken involviert sind. Diese Geschäfte geschehen den ganzen Tag, und am Schluss des Tages wird dieses System zwischen den bilateralen Zentralbanken über entsprechende Forderungen an die EZB „genettet“. Das Ganze hat mit Refinanzierungsoperationen im Notenbanksystem zu tun, und das, was Sie hier sehen, ist praktisch die Nettoforderung, die wir als Zentralbank gegenüber der EZB haben, und die EZB hat eine

...

entsprechende Forderung an eine andere Zentralbank. Mit diesen Salden ist kein eigenständiges Risiko verbunden.

Frage:

Nein, meine Frage war, warum tun die Banken das. Der Target-Saldo ist um 150 Milliarden Euro gestiegen und dafür muss es einen Grund geben. Ich kenne ihn nicht. Entsteht so ein Saldo zum Beispiel dann, wenn eine Bank sich nicht mehr bei Ihnen Geld leiht, sondern möglicherweise bei einer Tochtergesellschaft von der Bank von Irland oder so, und das Geld transferiert. Dann würde der Saldo steigen?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Nein. Deutsche Geschäftsbanken nehmen im Vergleich zu früher kaum mehr an der Refinanzierung im Notenbanksystem teil. Und das hängt damit zusammen, dass deutsche Banken – insbesondere diejenigen, die als relativ sichere Gegenparteien am Interbankenmarkt gesehen werden - Liquidität besichert oder unbesichert von anderen Geschäftsbanken zur Verfügung gestellt bekommen. Ausländische Geschäftsbanken nehmen verstärkt an den Refinanzierungsoperationen des Systems teil, und dadurch entstehen die Nettozuflüsse, die wir hier sehen. Das heißt, in jenen Ländern, wo die Banken sehr stark an Refinanzierungsoperationen teilnehmen, da steigen die entsprechenden Salden gegenüber der EZB, und in Ländern, in denen die Banken am Markt Refinanzierung zu günstigeren Preisen finden, als es das Eurosystem anbietet, sinken die Salden entsprechend. Erinnern Sie sich daran: Die geldpolitische Vollzuteilung hat ja dazu geführt, dass der EONIA und die kurzfristigen Marktsätze deutlich unter dem einprozentigen Refinanzierungssatz des Systems lagen. Für gute Gegenparteien hat dies die Refinanzierung am Markt günstiger gemacht als bei der Notenbank. Dies hat für die Verschiebung in den Target-Salden gesorgt.

...

Frage:

Prof. Weber, eine Frage zu den Ölpreisen: Ist die Teuerung von Ölpreisen eine kurzfristige Tendenz wegen der Unruhen im Nahen Osten, oder ist es ein mittel- und langfristig anhaltender Preisdruck, der von der steigenden globalen Nachfrage ausgelöst wird? Und die zweite Frage ist: Wann sollen die Liquiditätsmaßnahmen der EZB normalisiert werden?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zur ersten Frage mit den Ölpreisen: Wenn Sie sich die Terminkurse für Öl ansehen, dann sind diese so, dass die zukünftigen Terminkontrakte für Öl unter dem Kassakurs liegen. Das heißt, an den Terminmärkten wird ein Rückgang der Ölpreise eingepreist. Das ist insbesondere bei einem kurzfristigen Anstieg der Ölpreise häufig der Fall. Gleichzeitig haben wir in der Vergangenheit oft gesehen, dass sich genau das nicht eingestellt hat, nämlich, dass wenn es zu Knappheitsrelationen gekommen ist, dann sind die Ölpreise auch durchaus auf Spitzenwerte von 140 Dollar gestiegen. Ich glaube, dass der Terminmarkt für Öl nicht notwendigerweise eine gute Vorhersage liefert, was zukünftig mit den Ölpreisen passiert, sondern ich glaube, der wichtigere Punkt ist, ob diese geopolitischen Spannungen, die wir zurzeit sehen, abebben oder weitergehen. Wenn Sie weitergehen, sehe ich durchaus ein gewisses Potenzial, dass die Ölpreise so hoch bleiben, wie sie jetzt sind oder weiter steigen. Sie haben aber auch vielleicht mitbekommen, dass gerade die OPEC-Länder, insbesondere Saudi-Arabien und andere, klar signalisiert haben, dass ihre Förderkapazität zurzeit nicht besonders stark ausgelastet ist und sie das Potenzial sehen, ihre Förderkapazitäten hoch zu fahren, wenn dies notwendig wird. Insofern wird man es abwarten müssen. Ich glaube, es ist einfach zu früh zu sagen, wie viel davon vorübergehend und wie viel permanent ist. An den Futures-Märkten wird der Preisdruck weitestgehend als vorübergehend angesehen, wobei der Rückgang des Ölpreises dann eher Richtung 100 Dollar erfolgt und nicht in die alten Regionen, die wir früher gesehen haben. Der Ölpreis war ja extrem volatil, er war mal bei 140 Dollar, dann war er wieder bei 34 Dollar, jetzt war er lange Zeit knapp unter 100 Dollar. Die Terminmärkte

...

vermitteln ein Bild, dass vielleicht der Preis von 115 Dollar jetzt Richtung 100 Dollar zurückgeht oder knapp darunter, aber eine nennenswerte, langfristige Entspannung signalisieren auch die Terminmärkte nicht. Und nun zur Zinspolitik: Der EZB-Rat hat mit dem üblichen sprachlichen Repertoire angekündigt, dass jetzt bei der Geldpolitik besondere Wachsamkeit geboten ist. Präsident Trichet hat zu Recht klar gemacht, dass wir die Maßnahmen bei der Liquiditätsversorgung und die Zinspolitik immer unterschiedlich gewichtet haben. Die Zinspolitik ist da, um Preisrisiken zu adressieren. In jüngster Zeit ist die Inflationsrate im Euro-Raum deutlich über zwei Prozent gestiegen und die Tendenz der jüngsten Zahlen war weiter ansteigend. Die Projektionen sind jedoch so, dass über die nächsten beiden Jahre eine gewisse Entspannung eintritt. Aber vieles hängt von technischen Annahmen ab, wie der Entwicklung des Ölpreises. Insofern ist ein gewisses Potenzial gegeben, dem Preisdruck entgegen zu steuern und zwar frühzeitig. Das teile ich inhaltlich voll.

Nun zur Frage, was mit den Sondermaßnahmen passiert. Da haben wir immer gesagt, die Liquiditätsmaßnahmen hängen von der Verbesserung an den Finanzmärkten ab, insbesondere von der Normalisierung am Interbankenmarkt. Ich selbst lese die jüngsten Entwicklungen an den Interbankenmärkten so, dass es einen generellen Trend zur Verbesserung des Interbankenmarktes gibt. Es gibt natürlich weiterhin Anspannungen in einigen peripheren Ländern, wo die Bankensysteme zurzeit mit erheblichen Verlusten in ihren Bilanzen zu kämpfen haben. Aber der Bankenmarkt allgemein tendiert in jüngster Zeit zur Entspannung. Das Eurosystem hat sich dafür entschieden, dass in den nächsten drei Monaten an den Refinanzierungsoptionen nichts geändert wird.

Frage:

Herr Professor Weber, eine Frage zu den Stresstests: Ich hoffe, sie klingen nicht zu hypothetisch. Sehen Sie die deutschen Institute gut gewappnet, jetzt wo der Stresstest vor uns steht und man davon ausgeht, dass der Test an Seriosität gewinnen soll? Vielleicht können Sie auch Ihre Einschätzung geben – obwohl die Kriterien im Detail noch nicht so bekannt sind – was Sie

...

von diesen Kriterien erwarten? Und falls eine Bank in Deutschland diese Tests nicht bestehen sollte, entstünde dann ein Refinanzierungsbedarf? Was passiert, wenn eine Bank in Deutschland diesen Test nicht besteht und sie dann in große Refinanzierungsschwierigkeiten gerät? Ich habe noch eine zweite Frage: Heute Morgen haben Sie den amerikanischen Treasury Secretary Geithner getroffen. Vielleicht können Sie uns verraten, worüber Sie gesprochen haben?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wenn ich Ihnen sage, dass er nur hier war, um mir zum Geburtstag zu gratulieren, dann glauben Sie mir das sowieso nicht. Aber wir haben über den Inhalt der Gespräche Stillschweigen vereinbart. Ich glaube, es ist relativ klar, dass Secretary Geithner zurzeit in Europa mit einigen Regierungen über die Reformen redet, die in Europa jetzt anstehen. Wir alle wissen, dass diese Reformen wichtig sind, auch für die Stabilisierung der Finanzmärkte. Es geht um mehrere Punkte: Welche Strukturreformen werden in Europa vorangebracht? Wie wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt ausformuliert? Wie sieht die Zukunft des europäischen Stabilisierungsfonds aus, wenn dieser permanent wird? Was für Instrumente wird er haben, welche nicht? Wie groß wird sein Volumen sein? Es ist ein berechtigtes Interesse der Amerikaner, zu wissen, welche Strukturen in Europa zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen und der Finanzmärkte aufgebaut werden. Das zweite Thema, was die Amerikaner auch immer interessiert, ist das Thema Banken und Bankenstresstests. Wie Sie wissen, sind die Amerikaner hier mit diesem Instrument vorangegangen. Die europäischen Tests haben etwa dieselbe Philosophie. Ich will jedoch zwei Sachen korrigieren, die Sie in Ihrer Frage angedeutet haben. Sie haben nur nach den deutschen Banken gefragt. Aber: Es ist ein europäischer Stresstest. Es ist aber richtig zu sagen, dass in den letzten Tests zwei deutsche Kreditinstitute unter jenen waren, die Probleme hatten. Ich erwarte nicht, dass wir bei Instituten, die im letzten Stresstest nicht auffällig waren, Probleme sehen werden – auch wenn der neue Stresstest härter sein wird. Das Konjunkturszenario und das Finanzmarktszenario sind härter, und ich teile Ihre Einschätzung, dass wir

...

hier nicht zusätzlich viele neue Kandidaten sehen werden, die plötzlich aus dem Nichts heraus Probleme bekommen werden. Wir kennen die Probleme der Institute ganz gut. Der Rettungsfonds ist zwar ausgelaufen, aber ich glaube, dass man für die Banken, die nach dem neuen Test unter Druck geraten, sicherlich eine Möglichkeit finden kann, wenn man die ernsthaft sucht. Nehmen Sie zum Beispiel die beiden Institute Hypo Real Estate und WestLB. Diese Institute befinden sich sozusagen in der Transformation. Man muss sehr aufpassen, ob man Kreditinstitute inmitten einer Restrukturierung im Stresstest gleich behandeln sollte, wie Institute, die nicht in der Restrukturierung sind. Das soll nicht heißen, dass wir die Institute nicht dem Stresstest unterziehen sollen und ihre entsprechenden Stabilitätscharakteristika nicht auch veröffentlichen sollten. Die Institute selbst verlangen sogar häufig, dass sie eben nicht außen vor bleiben, weil dies auch ein negatives Signal sein könnte. Wenn ein Institut nochmal eine Rekapitalisierung bräuchte, könnte das durch den Bund als Einzelfallmaßnahme beschlossen werden. Das wäre dann jedoch eine Einzelfallmaßnahme, die sofort durch die Europäische Kommission in Bezug auf Wettbewerbskompatibilität geprüft werden würde. Aber solche Einzelfallmaßnahmen sind nach wie vor möglich, wenn Finanzstabilität zu gewährleisten ist.

Frage:

Meine erste Frage ist eine Nachfrage zu meinem Vorgänger. In Berlin wird darüber nachgedacht, eventuell den SoFFin wieder neu aufzuleben. Sie sehen dafür keine Notwendigkeit und würden das ablehnen? Die zweite Frage: Die Bundesbank hat sich in ihrem jüngsten Monatsbericht eindeutig gegen Aufkäufe durch den ESM ausgesprochen. Die EZB ist klar dafür. Bislang haben Sie wenig Rückendeckung von anderen Notenbanken bekommen. Wie zuversichtlich sind Sie noch, dass dieser Schritt nicht getan wird? Und eine dritte kurze Frage: Sie sind mit 54 Jahren immer noch recht jung und haben noch einige Jahre in Ihrer Karriere vor sich. Ist mit dem Rückzug aus der Bundesbank das Kapitel Notenbank generell für Sie

...

abgeschlossen oder können Sie sich eine Rückkehr irgendwann auf einen anderen Posten durchaus vorstellen?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zunächst mal zum SoFFin. Wir haben in der Vergangenheit immer dazu geraten, das Instrumentarium des SoFFin nicht frühzeitig auslaufen zu lassen. Das war eine parlamentarische Entscheidung. Wir waren der Meinung, dass der SoFFin durchaus noch einige Jahre hätte weiterlaufen können, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, entsprechende Maßnahmen wieder ergreifen und ein Wiederaufleben diskutieren zu müssen. Insofern hätte ich mir durchaus vorstellen können, dass man dieses Gesetz jeweils für ein Jahr verlängert, bis man die Finanzkrise dann wirklich als abgehakt hätte bezeichnen können. Im Sinne der Risikovorsorge hätte man das Instrumentarium erhalten können und daneben ab 2011 das Instrumentarium des Restrukturierungsgesetzes setzen müssen. Die Tatsache, dass man jetzt ein Restrukturierungsgesetz hat, heißt nicht notwendigerweise, dass alle Maßnahmen wie Rekapitalisierung und Liquiditätsgarantien dadurch ausgeschlossen sein müssen. Man hätte beides für eine gewisse Zeit nebeneinander laufen lassen können. Aber es gab eine parlamentarische Entscheidung, die wir nicht zu vertreten haben und die wir so zur Kenntnis nehmen.

Zum europäischen Stabilitätsmechanismus: Die Verantwortung für die Geldpolitik ist in Europa übergegangen: Das heißt aber nicht, dass das europäische System der Zentralbanken für alles zuständig ist. Welchen Regelungen ein intergouvernementaler Mechanismus wie der Rettungsfonds unterliegt, dazu kann sich jeder äußern; aber die Zuständigkeit dafür liegt bei den Regierungen, die diesen Mechanismus vereinbaren. Ich sehe keine originäre Zuständigkeit, z. B. der EZB oder der nationalen Notenbanken, sondern eine gewisse politische Beratungsfunktion der jeweiligen nationalen Notenbanken für die nationalen Regierungen, die diese Mechanismen vereinbaren. Ich bin der festen Überzeugung als Akademiker: Man darf eine Meinung haben, selbst wenn sie niemand teilt. Davon lebt der akademische Diskurs. Ich habe häufiger die Erfahrung

...

gemacht, dass solche Meinungen die Diskussion beleben. Ich rücke auch nicht davon ab, dass der Kauf von Sekundärmarktemissionen, entweder durch Notenbanken oder durch den europäischen Fonds, das Potenzial hat, die Konditionalität der Auflagen des Rettungsfonds zu unterlaufen. Es gibt bessere Mittel als den Sekundärmarktkauf, um eine Marktverträglichkeit eines solchen Fonds zu ermöglichen. Für mich ist das Thema Sekundärmarktkäufe weniger wichtig als Instrument eines solchen Fonds. Der Fonds wird durch sein Instrumentarium den Markt ersetzen: Das Land, das ein Darlehen aus dem europäischen Rettungsfonds erhält, bekommt dieses Darlehen mit einer Summe und mit einer Laufzeit, die es ihm erlaubt, den Markt – außer für kurzfristige Ein- oder Zwei-Monatsanleihen – für mehrere Jahre nicht mehr nutzen zu müssen. Das ist meines Erachtens richtig. Dadurch hat das Land die Möglichkeit, sich außerhalb des Marktes zu refinanzieren – und über harte Auflagen und harte Reformen wieder marktfähig zu werden. Eine künstliche Unterstützung der Marktfähigkeit dient nur dazu, dass diejenigen, die diese Anleihen halten, sie dann an Dritte, in der Regel an den Steuerzahler, abgeben können. Der Steuerzahler wurde in dieser Krise bereits genügend beansprucht. Der Steuerzahler wird es auch nicht akzeptieren, dass sich Finanzmarktteilnehmer in Zukunft von solchen Anleihen zu Lasten der Allgemeinheit trennen. Deswegen halte ich die Sekundärmarktkäufe – insbesondere jetzt, wo der Fonds steht und konditionierte Darlehen gegeben werden können – für ein Risiko zur Unterlaufung der Konditionalität. Deshalb unterstütze ich solche Überlegungen nicht.

[Zu Ihrer dritten Frage:] Sie können nichts grundsätzlich ausschließen. Ich habe sieben Jahre eine tolle Erfahrung machen dürfen, die vielen akademischen Kollegen so nicht zuteil wurde. Ich frage mich manchmal, wenn ich den Publikationsdrang vieler Kollegen im akademischen Bereich sehe, warum man diesem Publikationsdrang nicht Tatendrang zur Seite stellt und sich selbst etwas breiter engagiert, auch in der Politik. Auch in der Umsetzung von Politik, und wenn es nur Geldpolitik ist. Es muss Quereinsteigern wie mir möglich sein, für einige Zeit Politik zu betreiben. Politik ist für mich auch etwas, wo man für Inhalte steht – und wenn die

...

Inhalte dann so sind, dass man nicht mehr dafür steht, dann ist eine andere Betätigung vielleicht angebrachter. Ich halte das für einen politisch vollkommen normalen Prozess. Ich würde sogar in Klammern dazu sagen: Es gibt viel zu wenige, die überzeugt in die Politik gehen und dann auch bereit sind, etwas anderes zu machen, wenn sie gegen ihre Überzeugungen handeln müssten. Ich sehe das nicht als Manko. Viele von Ihnen haben das in der direkten Reaktion auf meine Ankündigung als Manko gesehen. Ich habe das nicht so verstanden. Es muss möglich sein, dass ein Quereinsteiger den Quereinstieg auch wieder mit einem Querausstieg verbindet. Ich bin nicht deswegen Professor geworden, weil mir alle anderen Berufsmöglichkeiten verbaut waren. Ich bin nicht deswegen Professor geworden, weil alle anderen den Abgang von der Uni geschafft haben und ich nach Habilitation und Promotion an der Uni blieb, sozusagen als Residualwunsch. Ich bin Professor geworden, weil ich das Arbeiten mit Studenten und mit jungen Leuten immer sehr geschätzt habe. Ich sehe es durchaus als etwas, das auch mein zukünftiges Leben bereichern kann. Ich schließe nicht aus, dass ich auch einmal etwas anderes mache. Wie gesagt: Meine Tendenz wäre jetzt nicht, in den akademischen Bereich auf mittlerem bis unterem Niveau wieder einzusteigen. Deswegen gehe ich ganz bewusst an eine Topuniversität. Wenn man sich intellektuell mit Finanzmarktthemen beschäftigt, gibt es unheimlich Vieles, was zwischenzeitlich geschrieben und entworfen wurde, was ich nicht kenne. Ich sehe dem mit Spannung entgegen, das wieder etwas stärker anzusehen, und dann werden wir sehen, was passiert. Meine jetzigen Verhandlungen sind so, wenn sie denn erfolgreich zu Ende geführt werden: Ich werde ein Jahr lang in den USA sein, Chicago ist eine tolle Stadt, und hat tolle Universitäten. Danach lebt mein Vertrag mit meiner alten Universität wieder auf.

Frage:

Ich habe eine eher etwas technischen Frage: Sie sagten, man könne nicht im Einzelnen auflisten, warum die Rückstellung so stark gestiegen ist. Was war ausschlaggebend für den Anstieg der Rückstellungen? Immerhin hat sich der Bundesbankgewinn dadurch um die Hälfte reduziert. Muss sich der

...

Bund jetzt dauerhaft auf niedrigere Gewinne der Bundesbank einstellen?
Zweiter kurzer Komplex: Manche Beobachter fürchten, dass mit Ihrem Weggang auch die Stabilitätskultur der EZB geschwächt wird. Teilen Sie diese Befürchtungen oder halten Sie sie für übertrieben?

Frage:

Ich möchte auf die Inflationserwartungen zurück kommen. Sie hatten Ihr Basisszenario genannt, etwa 2 % in diesem Jahr und ein Rückgang 2011. Aber ist es nicht so, dass die Inflationserwartungen bereits aus der Verankerung gerissen sind? Dass viele Produzenten die Möglichkeit sehen und diese auch nutzen wollen, ihren eigenen Kostendruck weiterzugeben, und dass sich Verbraucher auf Preiserhöhungen auf breiter Front eingestellt haben?

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ich beginne mit der zweiten Frage. Ich habe die Projektion des Eurosystems erwähnt. Ohne die Nachricht produzieren zu wollen, „Weber glaubt nicht an die Projektion“. Der Rückgang der Inflationsraten, der hier durch technische Annahmen, wie den Rückgang der Ölpreise und anderes getrieben wird, wird meines Erachtens so nicht eintreten. Eine Reihe von Gründen, die sich in Projektionen sehr schlecht modellieren lassen, sprechen dafür, dass der Preisauftrieb dauerhafter und fundamentaler ist, als es in den rückläufigen Projektionen zum Ausdruck kommt. Deswegen beruhigt mich der Rückgang der Inflationsprognosen über den Zeithorizont 2011/2012 nicht. Wenn ich mich mit Kollegen unterhalte, wie jetzt am Wochenende in Basel, die aus Emerging Markets kommen, wo z. B. Nahrungsmittel und Energie ein Großteil des Konsumenten-Preis-Indexes ausmachen, dann ist das Thema Nahrungsmittelknappheit aufgrund von Teuerungseffekten ein reales politisches Problem für diese Notenbanken. Es gibt eine Reihe von fundamentalen Trends, die das mittel- bis längerfristige Inflationsbild viel düsterer aussehen lassen als aktuelle Prognosen es tun. Deswegen muss sehr frühzeitig gegengesteuert werden. Man kann nicht warten, bis sich der Preisauftrieb so verbreitert hat. Deswegen – ohne wieder in den Verdacht

...

kommen zu wollen, ein besonders falkenhaftes Portrait der Inflationsrisiken zu liefern – sehe ich einen deutlichen zukünftigen Preisauftrieb. Vor dem Hintergrund der Lohn-Preisdynamik besteht eher die Tendenz, dass Deutschland in Zukunft bei nicht entsprechend gut verankerten Inflationserwartungen und bei Lohn- und Preissteigerungen eher übermäßig dazu beitragen könnte, dass wir im Euroraum etwas mehr Inflationsdruck sehen werden, als zur Zeit in den Projektionen zum Ausdruck kommt. Deswegen halte ich die Signalisierung eines Zinsschritts durchaus für geboten.

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die Rückstellungen im Detail sind natürlich besonders stark getrieben durch die Sonderprogramme der Notenbankpolitik, u. a. auch das Securities Market Programme und das Covered Bond Programme. Genau wollen/können wir es auch hier nicht im Detail zurechnen, aber die generell höheren Risiken der Geldpolitik inklusive der höheren Risiken der Refinanzierungsoperationen führen voraussichtlich zu einer Erhöhung der Risikodotation von insgesamt 4,8 Mrd. Euro über drei Jahre hinweg. Ob es nach diesem ersten Schritt dann wirklich so viel wird, ist unklar, weil das von mehreren Faktoren abhängt: Zum einen davon, ob die Summe des Kaufprogramms weiter erhöht wird – dann steigen natürlich die Risiken. Zum anderen, ob es hier zu weiteren Preisverwerfungen kommt. Wir haben übliche Methoden verwendet, um die Risiken zu berechnen, alle Risiken zu summieren und in eine einzige Rückstellung zu geben. Wenn Sie fragen, warum wir das nicht in einem Jahr gemacht und praktisch die Gewinn-Ausschüttung unterbunden haben: Es war unser klares Petition, dass wir uns in vollkommener Symmetrie zum Eurosystem verhalten wollten. Das Eurosystem hat mehrheitlich beschlossen, über drei Jahre diese Erhöhung zu machen. Die EZB hat eine entsprechende Erhöhung um 1,2 Mrd. Euro gemacht, wir sind mit 1,6 Mrd. Euro nicht so weit davon weg. Zu Ihrer Frage zu meinem Weggang und der Stabilitätskultur: Garantiert nicht. Ich habe in diesen sieben Jahren dazu beigetragen, eine gewisse Stabilitätsorientierung im Eurosystem auch zu leben. Es ist aber

...

vollkommen verfehlt, die Stabilitätsorientierung eines Systems an einzelnen Personen festzumachen. Hier verdienen alle Kollegen für ihre Stabilitätsorientierung genau die gleiche Unterstützung wie ich. Ich habe mich aus verschiedenen Gründen entschieden, etwas anderes zu machen, das ist aber der Stabilitätsorientierung des Systems als solches nicht abträglich. Letzte Woche war ich bei Verhandlungen mit meiner Universität in Köln. Deswegen konnte ich nicht zur EZB-Rats-Sitzung gehen. Der Termin stand schon lange fest. Die Kollegen [des EZB-Rats] haben in dieser Zeit genau das Richtige entschieden, nämlich, dass ein Zinsschritt perspektivisch jetzt notwendig ist. Sie haben die alte Sprache dazu verwendet, dies anzukündigen. Es sollte überhaupt keine Diskussion darüber aufkommen, dass das Eurosystem und seine Stabilitätsorientierung an einzelnen Personen hängen.

Das war in der Vergangenheit nicht so, das ist jetzt nicht so und das wird auch in Zukunft nicht so sein. Das Eurosystem hat ein klares Mandat, und dieses Mandat führt zu Stabilitätsorientierung. Wir dürfen dieses Mandat aber nicht auf zu viele Aufgaben erweitern. Wir dürfen Finanzstabilität und andere Themen nicht gleichberechtigt neben die Preisstabilität setzen, weil dann Trade-offs entstehen können, die diese Stabilitätsorientierung in den Hintergrund treten lassen. Das klare Stabilitätsmandat des Eurosystems wird auch in Zukunft für Preisstabilität sorgen. Vollkommen unabhängig davon, wer an den Entscheidungen beteiligt ist und wer diese Institution führt.

Frage:

Ich habe zwei Fragen. Ist am Freitag nach dem Conference-Call mit den Banken oder am 18. März eine Veröffentlichung der Details zu dem Stresstest geplant? Sie sagten zuvor, dass man die HRE und WestLB nicht mit gesunden Banken bei einem Stresstest vergleichen kann. Wie macht man das, ohne Verzerrungen in den Test einzubauen?

...

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wenn Sie einen Infarktpatienten aus der Intensivstation holen, ihn sofort auf ein Laufband stellen und eine schlechte Herzfrequenz beobachten, dann ist das ein Stresstest mit nur bedingter Aussagefähigkeit. Ein vernünftiger Arzt würde einen Infarktpatienten zunächst in Reha schicken und intensiv beobachten, statt ihn sofort wieder zu stressen. Die Tatsache, dass ein Infarktpatient – und dabei handelt es sich um Banken, die gerettet werden müssen – schlechtere Werte hat in einem Stresstest ist selbstverständlich. Es ist nicht zu erwarten, dass diese Probleme so schnell bearbeitbar sind. Der Gesundungsprozess einer Bank, die Assets auslagern, die ihre Risiken herunterfahren, die ihren Leverage reduzieren und die ihre Kapitalbasis stärken muss, ist ein zeitraubender Prozess, der Wochen, Monate bis hin zu Jahren dauert. Ein Stresstest ermöglicht einen Schnappschuss zum Gesundheitszustand eines angeschlagenen Patienten. Bei einem Kreditinstitut, das sich selbst preist, nie Probleme gehabt und aus eigener Stärke die Krise überwunden zu haben, ist das ganz anders. Einem solchen Institut kann man einen Halbmarathon verpassen, um zu testen, wie fit es wirklich ist. [Eine gesunde Bank] müsste eigentlich gute Werte haben, weil sie nach außen damit wirbt, ohne Probleme durchgekommen zu sein. Man muss also zwischen geretteten und gesunden Banken unterscheiden. Der Stresstest sollte derselbe sein, man muss nur die Werte anders interpretieren und das Krankheitsbild berücksichtigen. Ich meine damit nicht, dass man die Rettungsbanken nicht dem Test unterziehen muss, man darf sich nur über die schlechten Gesundheitswerte nicht wundern. Zu dem angesprochenen Conference Call – da wissen Sie jetzt mehr als ich. Ich will das nicht in Abrede stellen. Kollege Zeitler ist heute im Baseler Ausschuss. Es wird Gespräche in der Bundesbank geben. Ich kenne diese Details jetzt nicht. Das ist bei uns, um das Krankenhaus-Beispiel wieder zu bemühen, so: Wenn eine Rettungsaktion am Wochenende notwendig ist, dann bekommen die Banken Chefarztbehandlung, das mache dann meistens ich. Die normale Behandlung, das machen die dafür zuständigen Kollegen. Conference Calls mit den Treasury-Fachleuten der Banken führen der Zentralbereichsleiter oder sein Stellvertreter. Wir sind ein hierarchisches

...

Haus und ich mache nicht alles. Ich habe von dem Termin am Freitag gehört und weiß, dass Telefonate stattfinden. Wir haben das früher mal gemeinsam in einer Sitzung gemacht mit den CEOs. Aber dieses Mal kommen, glaube ich, nicht die CEOs. Einen Test wird es geben und die Details werden verhandelt. Es geht eigentlich eher darum, den deutschen Banken nahezubringen, wie der europäische Bankenausschuss vorgeht, der für die Stresstests verantwortlich ist, welches Stresstableau vorgesehen ist. Und wie wir das in Zusammenarbeit mit den Instituten machen: Wir können als Bankenaufseher Stresstests sozusagen top-down durchführen – und tun dies auch häufig. Wir machen das mit den Daten, die wir haben. Der europäische Stresstest wird aber bottom-up gemacht; das heißt, wir geben die Vorgaben an die Banken, und die lassen das durch ihre Positionen und Bilanzrubriken laufen und geben uns dann eine Rückmeldung, die wir mit unseren Daten plausibilisieren und bestätigen und dann weitermelden. Jetzt geht es um die Absprache dieses technischen Prozesses: Wie wird der Bottom-up-Stress-Test implementiert und was sind die Tableaus für „Probabilities of Default“ und „Likelihoods of Default“, die wir den Banken vorgeben für die verschiedenen Bereiche im Bankbuch oder im Handelsbuch.

Frage:

Ich greife auch nochmal das Thema Bankenaufsicht auf. Sie haben in Ihrer Bilanz auch das Thema Bankenaufsicht schwerpunktmäßig gestreift, und da fiel mir auf, dass Sie dort mit 407 neuen Mitarbeitern am meisten aufgestockt haben. Das hat mir signalisiert, auch mit Rückblick auf die Diskussion der vergangenen Jahre, dass sie dort mit großen Plänen gestartet sind. Und dann begleitete uns ja die letzten Jahre immer wieder das kleine Techtelmechtel zwischen Bankenaufsicht bei Ihnen und Bankenaufsicht bei der BaFin. Sind Sie denn mit der gefundenen Lösung zufrieden oder sind Sie ein wenig enttäuscht?

...

Dr. h.c. Rudolf Böhmler, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Wir haben derzeit 986 Kolleginnen und Kollegen in der Bankenaufsicht beschäftigt. Darunter sind 407 Neuzugänge im Zeitraum vom 2002 bis 2010. Von diesen Neuzugängen wurden 123 in der Zentrale und 284 in den Hauptverwaltungen eingestellt. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass wir im Zeitraum von 2002 bis 2010 Abgänge hatten, wird klar, dass der Bankenaufsichtsbereich einen deutlichen und prägnanten Aufschwung genommen hat.

Prof. Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Welche Schlagzeile wollen Sie? „Bundesbank stockt nicht auf und erkennt den Ernst der Lage nicht“ oder wollen Sie die Schlagzeile „Bundesbank überzieht im Personalaufbau“?

Wir sind in einer Finanzkrise, die als Bankenkrise begonnen hat, und es gab übermäßig viele deutsche Opfer in dieser Finanzkrise. Hauptsächlich, weil wir einen Markt hatten, der – was das Kreditwachstum im Inlandsmarkt betraf – darniederlag. Die Kreditwachstumsraten in Deutschland waren in der Zeit von 2002 bis 2007 bei 1 bis 2 %. Das Inlandsgeschäft stand an zweiter Stelle. Das primäre Geschäft waren strukturierte Finanzinvestitionen in Produkte und in Märkte, wo Immobilienmärkte boomten – etwa in Spanien, in Irland und in den USA. Deswegen waren die deutschen Banken mit die ersten, die diese Krise gespürt haben. Aber ich habe damals schon gesagt: Dies ist keine Krise des deutschen Bankensystems. Es ist eine Krise in Folge von Überinvestitionen in nicht nachhaltige Assets. Die dramatischen Verwerfungen, die in Folge der 2007er Krisenentwicklung in den USA und jetzt in Irland und in den anderen Märkten eingetreten sind, wo der Heimatmarkt erst boomte und dann kollabierte, sind viel dramatischer für die dortigen Banken, weil das Exposure jeder Bank zum Heimatmarkt natürlich um ein vielfaches höher ist als unser Exposure zu solchen Drittmärkten.

...

Natürlich müssen wir in der Bankenaufsicht wegen der Krise nachsteuern: Erstens haben wir im Forschungszentrum eine neue Gruppe aufgebaut, die sich mit mikroprudenziellen Aufsichtsthemen beschäftigt, die z. B. die Impact-Studien begleiten, die der Baseler-Ausschuss gemacht hat. Das können Sie nicht aus dem Stand mit den Leuten in der operativen Aufsicht vor Ort machen. Das heißt, wir haben die Forschung ausgebaut. Zweitens ist die Bundesbank in vielen regulatorischen Gremien vertreten. Dazu muss man unheimlich viel unterwegs sein. Die Mitarbeiter, die wir dort brauchen, um adäquat vertreten zu sein, sind der zweite wichtige Posten, der in der Bankenaufsicht hinzukam. Drittens haben wir beschlossen: Intensivere – ich würde sagen: intrusivere – Bankenaufsicht in Zukunft. Wir werden viel stärker Präsenz in den Banken zeigen, wenn wir über die Risikopositionen mehr wissen wollen, die die Bankmanager eingehen. Auch das erfordert eine Aufstockung der Bankenaufsicht vor Ort. Vor dem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass wir in der Bankenaufsicht aufgestockt haben.

Das war nicht, wie Sie mit Ihrer Frage formuliert hatten, verbunden mit Übernahmegelüsten in Richtung BaFin. Ich möchte auch hier nochmal zum Ende meiner Amtszeit klarstellen: Das Verhältnis von Bundesbank und BaFin ist ein absolut gutes Verhältnis. Auf der Ebene der Präsidenten kommen Herr Sanio und ich – anders als viele von Ihnen schreiben – sehr gut miteinander aus. Wir haben in der Krise hervorragend zusammengearbeitet. Wir haben eine gewisse Aufgabenteilung. Manche würden im Englischen sagen: „good cop – bad cop“, Sie können die Rollenzuweisung jetzt selbst vornehmen. Der Eine muss drohen, der Andere muss sagen, die Lösung sieht so aus. Diese Zusammenarbeit hat hervorragend funktioniert. Die Tatsache, dass Frau Lautenschläger in Zukunft in der Bundesbank eine Rolle spielt, deutet darauf hin, dass das Verhältnis der Institutionen und der Mitarbeiter zueinander besser ist, als es in der Tagespresse dargestellt wird. Ich habe vorhin schon begrüßt, dass Frau Lautenschläger hierher kommt. Ich halte das für einen wichtigen weiteren Schritt, die Zusammenarbeit der beiden Institutionen Bundesbank und BaFin zu verbessern, ohne die Bundesbank fahrlässig der Rechts- und

...

Fachaufsicht des Finanzministeriums zu unterstellen. Die gegebenen Zuständigkeiten besser zu optimieren, das Ping-Pong in Zuständigkeiten abzukürzen – das ist ein wichtiger Schritt in der Zukunft.

Ich bin nicht davon überzeugt, dass das Modell einer Rechts- und Fachaufsicht unter einem Dach - das es für die europäischen Aufsichtsstrukturen in dieser Form nicht gibt – ein Schritt nach vorne ist, auch wenn die Bankenaufsicht dann bei der Bundesbank vereinheitlicht würde. Diesen Köder habe ich nie geschluckt. Man muss aufpassen, dass man einer Institution nicht zu viele, sich gegenseitig ausschließende Aufgaben gibt. Eine unabhängige Geldpolitik – die wichtig ist, um Preisstabilität zu sichern – sollte in derselben Institution nicht mit zu viel Finanzstabilitätsorientierung auf gleichem Rang oder zu viel Bankenaufsicht auf gleichem Rang vermischt werden. Solche Trade-offs lassen immer den klaren Fokus auf Primäraufgaben in den Hintergrund treten und sind institutionell die schlechteren Arrangements. Deswegen ist der Schritt, beide Institutionen reibungsloser zusammenarbeiten zu lassen, ein richtiger Schritt. Aber das ist die Meinung des bald ehemaligen Präsidenten der Bundesbank. Ich will hier keiner Entscheidung in der Bundesbank in Zukunft vorgreifen. Für mich wäre es nicht die richtige Entscheidung gewesen, die Bundesbank zum ministeriell beaufsichtigten Allfinanzbeaufseher in Deutschland zu machen. Auch wenn mir das häufig unterstellt wurde, war das nie mein Ziel. Meine Bedenken, an dieser Stelle die Unabhängigkeit zu verlieren, haben immer den Reiz des potenziellen Einflusszuwachses überwogen, den die Bundesbank durch ein solches zusätzliches Mandat erfahren könnte. Wie die Zukunft aussieht, das müssen andere entscheiden. Die Bundesbank ist für die Zukunft mit dieser personellen Weichenstellung gut aufgestellt, um genau diese Aufgaben zielgerichtet zu bewältigen.